

Antrag

der Abgeordneten Markus Löning, Michael Link (Heilbronn), Florian Toncar, Hellmut Königshaus, Dr. Werner Hoyer, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Uwe Barth, Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Otto Fricke, Paul K. Friedhoff, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Birgit Homburger, Michael Kauch, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Horst Meierhofer, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Cornelia Pieper, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Marina Schuster, Dr. Max Stadler, Carl-Ludwig Thiele, Christoph Waitz, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Verbesserung der Menschenrechte und Pressefreiheit in Aserbaidschan einfordern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Aserbaidschan gehört zu den wichtigsten Partnern der Europäischen Union im Südkaukasus und ist in die EU-Nachbarschaftspolitik einbezogen. In den letzten Jahren durchlief die Wirtschaft des Landes eine dynamische Entwicklung. Das Wirtschaftswachstum von 35 Prozent im Jahr 2006 basiert aber fast ausschließlich auf Erdgas- und Erdölverkäufen des Landes. Allein aus diesem Wirtschaftszweig rechnet das Land in den nächsten 20 bis 30 Jahren mit Einnahmen von rund 200 Mrd. US-Dollar. Auch Deutschland unterhält wichtige wirtschaftliche Beziehungen zu Aserbaidschan. Im Jahr 2006 überstieg das Handelsvolumen erstmals die Grenze von 1 Mrd. Euro.

Neben seiner wirtschaftlichen Bedeutung als Öl- und Gaslieferant sowie als Transitland von potenziellen Energielieferungen aus Zentralasien für Europa hat das Land auch geopolitisch und kulturell eine wichtige Funktion. Mit Außengrenzen zur Türkei, Iran und Russland könnte das Land mit hauptsächlich muslimischer Bevölkerung auch eine wichtige kulturelle Brückenfunktion ausüben und ein wichtiger Verbündeter im Kampf gegen Terror und organisierte Kriminalität sein.

Die positive Entwicklung im Handelsbereich darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es im Land weiterhin große Probleme in den Bereichen des rechtsstaatlichen Handelns, der Eigentumsrechte, der Investitionssicherheit sowie der Korruption gibt. Ein Ergebnis hiervon ist, dass die gestiegenen Einnahmen der letzten Jahre nur in geringem Maße der Bevölkerung zugute kommen. Zugleich

stehen diese Probleme einer weiteren wirtschaftlichen Vertiefung der Beziehungen im Weg. Nutznießer der gegenwärtigen Situation sind hauptsächlich die autokratischen und korrupten Eliten im Lande. Im Rahmen der Kaukasusinitiative des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung erhält das Land etwa 15 Mio. Euro, im Rahmen der europäischen Nachbarschaftspolitik bis 2010 etwa 92 Mio. Euro Entwicklungshilfe mit dem Ziel der Stärkung von Good Governance. Die Verwendung der Gelder ist durch einen intransparenten Staatshaushalt jedoch nur bedingt kontrollierbar. Oftmals werden extern finanzierte Projekte im Lande als Prestigeobjekte der Regierung dargestellt. Somit verfehlen die Maßnahmen der EU und auch bilaterale Projekte oftmals einen Teil ihrer beabsichtigten Wirkung im Lande.

Trotz der positiven wirtschaftlichen Entwicklung Aserbaidschans haben sich insbesondere die politische Situation und die Lage der Menschenrechte verschlechtert. Präsident Ilham Alijew, Sohn des früheren Machthabers Geidar Alijew, nutzt die wachsende wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes, um das bestehende System von Korruption und politischer und wirtschaftlicher Repression weiter auszubauen.

Bereits bei den Parlamentswahlen 2005 wurden Medienvertreter verprügelt, mit Anklagen übersät und ohne Verhandlungen inhaftiert. Versammlungen wurden verboten oder gewaltsam unterdrückt. Oppositionsführer wurden verhaftet, Menschenrechtsaktivisten mit Gewalt und anderen Repressalien bedroht und in ihrer Reisefreiheit eingeschränkt.

Seitdem hat sich die Lage weiter verschlechtert. Seit Januar 2007 dürfen aserbaidische Radiostationen keine Sendungen von VOA (Voice of America), BBC oder RFE (Radio Free Europe) in ihre Übertragungen einbauen. Die unabhängige Zeitung „Reales Aserbaidschan“ wurde geschlossen und ihr Chefredakteur verhaftet. Die Arbeit von inländischen und ausländischen Nichtregierungsorganisationen wird erheblich behindert.

Die Regierung plant, Aserbaidschanern die Teilnahme an Veranstaltungen zu verbieten, an denen auch Armenier teilnehmen. Bemühungen um eine friedliche Lösung des Berg-Karabach-Konfliktes und um eine Annäherung der Gesellschaften würden damit weiter erschwert.

Die Situation im Bereich der Menschenrechte ist besorgniserregend. Hinzu kommt, dass Aserbaidschan unverhohlen seinem Nachbarland Armenien mit einer kriegerischen Lösung des Berg-Karabach-Konfliktes droht. Die Einnahmen aus Öl und Gas werden zu einem erheblichen Teil für die Aufrüstung der Armee verwendet. Selbst beim Besuch des aserbaidischen Präsidenten bei der deutschen Ratspräsidentschaft im Februar 2007 in Berlin wurden solche Drohungen wiederholt ausgesprochen.

Aserbaidschan ist Mitglied im Europarat sowie Unterzeichner der europäischen Menschenrechtskonvention. Damit hat sich das Land zu einer Demokratisierung mit weitreichend wirkenden Menschenrechten verpflichtet.

Ende 2008 muss sich Präsident Ilham Alijew das erste Mal der „Wiederwahl“ stellen. Schon jetzt reagiert das System mit großer Nervosität und Aggressivität gegenüber der politischen Opposition. Regierungskritischen Journalisten, wie den Preisträgern des diesjährigen Gerd Bucerius-Förderpreises Freie Presse Osteuropas, den Organisatoren der Nachrichtenagentur „TURAN, Baku“, drohen körperliche Angriffe oder dubiose Anklagen zu langen Haftstrafen. Bereits am 4. Oktober 2006 wurde der Satiriker und Bruder des Chefredakteurs der Oppositionszeitung „Azadliq“ Sakit Zahidov wegen angeblichen Drogenkonsums zu einer dreijährigen Gefängnisstrafe verurteilt.

In Kenntnis der spürbaren Verschlechterungen der Situation der Menschenrechte in Aserbaidschan ist der Deutsche Bundestag bemüht, die demokratischen Kräfte im Land bei ihren Bemühungen um mehr Demokratie zu unterstützen. Ein wichtiges Mittel ist dabei die internationale Beobachtung und Anprangerung der Situation vor Ort. Neue Medien und die immer weiter vernetzte globale Welt helfen dabei, dass autokratische Systeme nicht länger im Geheimen operieren können.

So wurde dem letzten noch verbliebenen freien Rundfunksender „ANS“ nach umfangreichen internationalen Protesten die am 24. November 2006 entzogene Sendeerlaubnis vorerst wieder erteilt. Allerdings behält sich Präsident Ilham Alijew vor, eine Neuausschreibung der Senderlizenz vorzunehmen.

Internationales Monitoring hilft den demokratischen Kräften aller politischen Richtungen vor Ort und ist damit ein starkes Werkzeug im Bemühen um die Stärkung der Menschenrechte.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung deshalb auf, aktiv auf Ebene der Europäischen Union sowie im Europarat

1. sich für die Verbesserung der Menschenrechte, insbesondere der Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit einzusetzen;
2. auf Aserbaidschan einzuwirken, damit die Prozesse gegen Journalisten, Menschenrechtsaktivisten und Oppositionspolitiker umgehend eingestellt werden;
3. sich für die unverzügliche Freilassung aller inhaftierten Journalisten einzusetzen;
4. sich dafür einzusetzen, dass die Reisefreiheit von Oppositionellen und ihren Familienangehörigen umgehend wieder hergestellt wird;
5. sich dafür einzusetzen, dass verübte politische Willkür international bekannt gemacht wird;
6. sich dafür einzusetzen, dass Good Governance, insbesondere die Unabhängigkeit der Justiz, zur Voraussetzung für vertiefte politische Beziehungen erklärt wird;
7. eingehende Asylanträge von verfolgten Journalisten ernsthaft zu prüfen;
8. auf Präsident Ilham Alijew einzuwirken, sich für eine friedliche Lösung des Berg-Karabach-Konfliktes einzusetzen;
9. sich für die Sicherung von Eigentumsrechten in Aserbaidschan einzusetzen;
10. freie und faire Wahlen um das Präsidentschaftsamt zu fordern;
11. die Höhe deutscher und europäischer Entwicklungshilfe an die veränderte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes anzupassen und das Instrument der Budgethilfe auszuschließen;
12. darauf zu drängen, dass die deutschen politischen Stiftungen in Aserbaidschan ihre Arbeit im ganzen Land ohne Behinderungen ausüben können.

Berlin, 3. Juli 2007

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion

